

Und sonst

Gesetz über die Tourismusförderung

Der Landrat hat in zweiter Lesung eine Änderung des Tourismusförderungsgesetzes einstimmig genehmigt. Aufgrund der Auswirkungen der Coronapandemie wird der Kantonsbeitrag für die kommenden zwei Jahre auf dem Maximum fixiert.

Anpassungen bei Prämienverbilligung

Ebenfalls in zweiter Lesung hat das Parlament Anpassungen bei der Prämienverbilligung mit 57 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Bei den Prämienverbilligungen für Kinder wird die Einkommensobergrenze gesenkt. Dadurch haben weniger Familien Anspruch auf eine Verbilligung, das Geld soll zu Gunsten von Eltern mit tieferen Einkommen umverteilt werden. Zudem wird der Selbstbehalt auf maximal elf Prozent festgelegt.

Änderungen bei der Pflegefinanzierung

In erster Lesung hat der Landrat Anpassungen beim Krankenversicherungsgesetz im Bereich der Pflegefinanzierung behandelt. Für die stationäre Pflege soll für die Heime künftig eine Mischtaxe anstelle der Normtaxe zur Anwendung kommen. Die Finanzierung von Mitteln und Gegenständen soll über Einzelvergütungen geschehen.

Kenntnisnahmen von Berichten

Der Rat hat von drei Berichten der interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen Kenntnis genommen. Präsentiert wurden die Geschäftsberichte 2019 des Verkehrssicherheitszentrums Obwalden und Nidwalden, des Informatikdienstleistungszentrums Obwalden und Nidwalden sowie der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch.

Jetzt wird weniger oft abgestimmt

Landrat Gesetze werden im Parlament in zwei Lesungen beraten. Bis jetzt herrschte in Nidwalden die Praxis, auch nach der ersten Lesung eine Abstimmung durchzuführen und vor der zweiten Lesung noch einmal über das Eintreten auf die Vorlage zu beschliessen – also darüber, ob das vorliegende Geschäft überhaupt beraten werden soll.

Dieses Vorgehen habe allerdings keine gesetzliche Grundlage, wie Landratssekretär Emanuel Brügger den Parlamentarierinnen und Parlamentariern in einer Beurteilung aufzeigte. So seien etwa die Rechtsfolgen unklar, wenn in der ersten Abstimmung eine Ablehnung resultiere. Auch das Eintreten auf die zweite Lesung sei nicht vorgesehen, da das Parlament bereits zuvor über das Eintreten und damit den Handlungsbedarf beschlossen habe.

Landratspräsidentin Therese Rotzer (CVP, Ennetbürgen) hielt gestern fest, dass sie künftig keine Abstimmung nach der ersten Lesung und kein Eintreten zu Beginn der zweiten Lesung mehr durchführen werde. (mu)

Weg für Velospur ist frei

Die Regierung kann den Radweg zwischen Büren und Oberdorf planen.

Martin Uebelhart

Schon seit Jahren ist der Radweg zwischen Wil/Oberdorf und Dallenwil und insbesondere dessen Linienführung immer wieder ein Thema. Nun hatten Armin Odermatt (SVP, Büren), Iren Odermatt (FDP, Dallenwil) und Otmar Odermatt (CVP, Wolfenschiessen) in einem Postulat vom Regierungsrat eine Auslegeordnung verlangt.

Herausgekommen ist eine Variante «Radweg mit Grünstreifen» über rund 1700 Meter entlang der Hauptstrasse von Wil bis zum Kreisel Büren. Armin Odermatt hielt gestern in der Landratssitzung im Theatersaal des Stanser Kollegis fest, dass zur Erarbeitung der regierungsrätlichen Antwort unter anderem der Langsamverkehr gezählt worden sei. Er und weitere Votanten fragten sich, ob diese Zählung, die weitgehend während des Lockdowns stattgefunden habe, repräsentativ ge-

wesen sei. «Schliesslich geht es um das Verhalten der Berufspendler.»

Odermatt machte keinen Hehl daraus, dass die Idee der Postulanten die Verhinderung des Radwegs entlang der Strasse und die Realisierung eines Velowegs auf dem Damm des Aawassers gewesen sei. «Diverse Abklärungen bei Kanton und Bund haben gezeigt, dass es nie eine Baubewilligung für den Ausbau des Damms geben würde», so Armin Odermatt. Er habe jedoch besorgte Rückmeldungen erhalten, dass dieser auch nach dem Bau des Kombiwegs neben der Strasse für die Schüler und den Freizeitverkehr offen bleiben soll.

René Wallimann (CVP, Dallenwil) sagte als Sprecher der Kommission für Bau, Planung, Landwirtschaft und Umwelt (BUL), der Weg auf dem Damm sei unter anderem daran gescheitert, dass in einer Gewässerzone keine befestigten Wege

möglich seien. Und auch die Kosten wären zu hoch. Eigentlich sollte man die Normen und Vorschriften von Strassen- und Verkehrsräumen und Gewässerräumen hinterfragen, befand er. «Sind wir diesen wirklich ausgeliefert?» Die BUL teile mehrheitlich die Meinung der Regierung, dass ein 2,5 Meter breiter Rad- und Gehweg, der mit einem 50 Zentimeter breiten Grünstreifen von der Strasse abgetrennt wird, die Bestvariante darstelle.

Achse für Langsamverkehr wird vervollständigt

Iren Odermatt sagte die Unterstützung der FDP zu. Ein Radweg entlang der Hauptstrasse würde wohl vor allem von Velofahrern anstelle des Trottoirs für den Arbeitsweg genutzt. Für Otmar Odermatt war wichtig, dass der Kulturlandverlust im Rahmen bleibt. Seine Fraktion begrüsse es, dass das Teilstück endlich abgeschlossen werden

könne. Ilona Cortese (Grüne, Hergiswil) lobte namens der Grünen/SP-Fraktion das Resultat. Immer mehr Leute würden aufs Velo umsteigen, gute und sichere Radwege seien dringend notwendig.

Baudirektor Josef Niederberger sagte, mit dem Projekt werde die Achse für den Langsamverkehr vervollständigt. Verschiedene Nutzungsbedürfnisse würden optimal abgedeckt. Der Damm werde für einen Teil des Freizeitverkehrs nach wie vor attraktiv bleiben und werde dort auch geduldet.

Mit 58 zu 0 Stimmen erteilte der Landrat gestern der Regierung den Auftrag, ein Generelles Projekt auszuarbeiten. Es soll öffentlich aufgelegt und bis Ende 2021 dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet werden. Mit 56 zu 2 Stimmen unterstützte der Rat den Auftrag an die Baudirektion, dafür 100 000 Franken ins Budget für das kommende Jahr einzustellen.



Dieses Bild entstand noch vor Corona: Die Teffly-Rally lockt jeweils viele Zuschauer an.

Bild: Sepp Odermatt (Ennetmoos, 17. August 2019)

Grossanlässe sind bald wieder möglich

Nidwalden definiert das Vorgehen bei Grossveranstaltungen von mehr als 1000 Personen.

Anlässe mit mehr als 1000 Personen sind ab Oktober wieder erlaubt. Es gelten jedoch strenge Schutzauflagen, Grossanlässe müssen über eine behördliche Bewilligung verfügen. Die Kriterien dafür seien vom Bundesrat zusammen mit den Kantonen erarbeitet worden, wie die Nidwaldner Gesundheits- und Sozialdirektion in einem Schreiben an die Medien festhält.

In der bundesrätlichen Verordnung sind die Anforderungen an das Schutzkonzept für Grossveranstaltungen festgehalten. Demnach können Anlässe ab 1000 Personen bewilligt werden, wenn die epidemiologische Lage im Kanton die Durchführung erlaubt, der Kanton die

Kapazitäten für das Contact-Tracing gewährleisten kann oder wenn für den Zuschauerbereich eine Sitzpflicht gilt. Stehplätze sind nur in Ausnahmefällen für bestimmte Zuschauerbereiche im Freien vorgesehen. Zudem müsse der Gesuchsteller ein Schutzkonzept vorlegen, das auf einer Risikoanalyse beruht.

Gesuchformular möglichst früh einreichen

Der Kanton hat auf seiner Webseite ein Gesuchsformular und Merkblatt für Grossveranstaltungen publiziert. «Das Formular ist zwingend auszufüllen», hält die zuständige Sachbearbeiterin im Gesundheitsamt, Da-

niela Feierabend, fest. Für Anlässe mit mehr als 1000 Besuchern zwischen 1. Oktober und 8. November 2020 gilt eine kürzere Frist für die Eingabe von Gesuchen, anschliessend sind diese mindestens sechs Wochen vor der geplanten Veranstaltung einzureichen.

Wer wiederholt Grossanlässe der gleichen Art durchführen will, kann diese in einem einzigen Gesuch beantragen. «Es ist uns bewusst, dass die Auflagen für Grossveranstalter einen beträchtlichen Zusatzaufwand bedeuten. Aber nur so haben wir Gewissheit, dass alles unternommen wird, die Gesundheit der Besucher bestmöglich zu schützen», erklärt Feierabend.

Der Kanton könne eine erteilte Bewilligung widerrufen, wenn sich die epidemiologische Lage verschlechtert, das Contact-Tracing nicht gewährleistet werden kann oder die Massnahmen aus dem Schutzkonzept nicht eingehalten werden. Weder bei einer Nichterteilung noch bei Widerruf einer Bewilligung besteht Anspruch auf Entschädigung durch die öffentliche Hand. Bislang seien noch keine Gesuche für diesen Herbst eingegangen, so Feierabend.

Nino Gisler

Hinweis

Weitere Infos finden Sie unter www.nw.ch/coronavirus.

Auftrag wird knapp erfüllt

Logopädie Die schulisch-therapeutisch tätigen Fachpersonen in der Logopädie und Psychomotorik werden auf den 1. August 2021 von der Lehrpersonalverordnung in die Personalverordnung für Verwaltungsangestellte überführt. Dazu hat Erika Liem Gander (Grüne, Beckenried) den Regierungsrat unter anderem gefragt, ob er diese Anstellung als genügend flexibel erachte, um den Arbeitsfeldern des therapeutischen Schuldienstes gerecht zu werden. Bildungsdirektor Res Schmid sagte in der Antwort auf das Einfache Auskunftsbegehren, dass mit der Einbindung in die Personalverordnung auch der Beschrieb des beruflichen Auftrags aufgenommen werde. Schwankungen in der Wochenarbeitszeit könnten im Rahmen des Bandbreitenmodells und der gleitenden Arbeitszeit problemlos aufgefangen werden.

Die Entwicklung werde von seiner Direktion seit längerem beobachtet, sagte Schmid auf die Frage nach Massnahmen aufgrund des ausgetrockneten Arbeitsmarkts in diesem Bereich. Mit den vorhandenen Ressourcen lasse sich der gesetzliche Auftrag derzeit knapp erfüllen. Kurzfristig könne auf Engpässe mit dem Einsatz von Pensionierten und privaten Logopädinnen sowie höheren Pensionen reagiert werden. An der Pädagogischen Hochschule Luzern gebe es Bestrebungen, einen Ausbildungslehrgang in der Zentralschweiz aufzubauen. (mu)

Nachhaltige Projekte fördern

Fiskalpolitik In einer Interpellation hatte Alexander Huser (Grüne, Ennetbürgen) der Regierung Fragen zu fiskalpolitischen Massnahmen in der Coronakrise gestellt. Für diese gebe es zwei Hebel, hielt er gestern fest; die Steuern und die Staatsausgaben. Während hinter die von der Regierung als fiskalpolitische Massnahme bezeichnete angestrebte Senkung der Unternehmenssteuern ein Fragezeichen zu setzen sei, begrüsse seine Fraktion, wenn nachhaltige kantonale Projekte forciert würden. Dazu gehöre die Förderung von Gebäudesanierungen. Es zeige sich, dass pro Förderfranken zehnmal höhere Investitionen getätigt würden. Zudem werde dabei vor allem das lokale Gewerbe berücksichtigt, so Huser.

Seit der Beratung des Vorstosses habe man zusätzliche Daten zur Verfügung, sagte Volkswirtschaftsdirektor Otmar Filliger. So zeige sich, dass die Coronapandemie eine Wirtschaftskrise ausgelöst habe, die ihresgleichen suche. «Mittlerweile wissen wir, dass wir die Talsohle durchschritten haben.» Die Indikatoren zeigten, dass es in eine gute Richtung gehe.

Solange dieses Erholungsszenario vorherrsche, sollte sich der Staat möglichst zurückhalten und sei gut beraten, bei den Erfolgsfaktoren nichts zu verändern. Dazu gehörten in Nidwalden laut Filliger auch «tiefe moderate Steuern». (mu)